

Landesausschuss

1862 -

Kommission, die den Landtag nach der Schliessung bis zur Wiedereröffnung durch den Landesfürsten vertrat, vom Landtag jeweils in der letzten Sitzung einer Sitzungsperiode gewählt. Bestand bis 1921 aus Landtagspräsident und aus je einem Abgeordneten der beiden Wahlkreise, ab 1921 aus Landtagspräsident und je zwei Abgeordneten der beiden Wahlkreise. Zuständig für den Vollzug von Landtagsbeschlüssen.

GND:

Edition	Datum	Titel
Quellenedition 1900-1930	08.01.1903	Fürst Johann II. bewilligt die Eheschliessung von Prinz Alois und Erzherzogin Elisabeth Amalie unter Verzicht auf die Erteilung des politischen Ehekonsenses durch die liechtensteinische Regierung
Quellenedition 1900-1930	20.04.1903	Der liechtensteinische Klerus, der Landesausschuss, die Landesbehörden und Landesverweser Karl von In der Maur unterbreiten ihre Glückwünsche zur Vermählung von Prinz Alois und Erzherzogin Elisabeth Amalie
Quellenedition 1900-1930	26.02.1907	Die liechtensteinische Regierung sagt österreichischen Vertretern die Vorstreckung des Ruggeller Hochwuhres bis zur liechtensteinisch-österreichischen Wuhrgrenze unter der Bedingung zu, dass österreichischerseits die Zusicherung für die Regulierung des Spiersgrabens erteilt wird
Quellenedition 1900-1930	12.07.1907	Der Landesausschuss ersucht die Regierung dringend, beim Schweizer Bundesrat für das Schmalspurbahnprojekt Landquart-Ragaz-Schaan vorstellig zu werden
Quellenedition 1900-1930	14.07.1907	Landesverweser Karl von In der Maur ersucht um Intervention der k.u.k. Gesandtschaft in Bern für die Konzessionierung einer Schmalspurbahn von Landquart über Ragaz zur liechtensteinischen Landesgrenze
Quellenedition 1900-1930	10.10.1907	Landesverweser Karl von In der Maur ersucht den Landesausschuss, den Betrag für den zügigen Ausbau der Ruggeller Rheinschutzbauten bis zur österreichischen Grenze aus den vorhandenen Kassabeständen zu genehmigen, obwohl seitens des Vorarlberger Landtags noch keine Zusicherung für die Regulierung des Spiersgrabens abgegeben wurde
Quellenedition 1900-1930	14.11.1907	Der Landtag genehmigt nachträglich die Kosten für den Ausbau der Rheinschutzbauten in Ruggell und ersucht die Regierung, bei den österreichischen Stellen auf die Abfuhr des Eschewassers in den zu regulierenden Spiersgraben hinzuwirken
Quellenedition 1900-1930	15.12.1909	Landesverweser Karl von In der Maur und die Finanzkommission des Landtages können sich vorerst nicht über die Taxen für den Automobilverkehr einigen
Quellenedition 1900-1930	02.06.1911	Liechtenstein besteht gegenüber Österreich auf dem Recht, eigene Briefmarken auszugeben
Quellenedition 1900-1930	13.10.1911	Das "Liechtensteiner Volksblatt" berichtet, dass die Schlossbaukommission die fast abgeschlossenen Restaurationsarbeiten am Schloss Vaduz inspiziert hat
Quellenedition 1900-1930	04.12.1913	Landesverweser Karl von In der Maur wird im Landtag wegen seiner Haltung zum Lawenawerkprojekt scharf angegriffen
Quellenedition 1900-1930	22.12.1913	Der Landesausschuss bittet Johann II., einen Beamten als neuen Regierungschef zu berufen, der bereits in Vorarlberg oder Nordtirol tätig war
Quellenedition 1900-1930	12.02.1914	Regierungssekretär Josef Ospelt berichtet der fürstlichen Hofkanzlei über die laufende Notstandsaktion für die Landwirtschaft
Quellenedition 1900-1930	02.04.1914	Die Hofkanzlei teilt dem Landesausschuss mit, dass Johann II. Leopold von Imhof zum neuen Landesverweser berufen hat
Quellenedition 1900-1930	15.12.1916	Bischof Georg Schmid von Grüneck legt Landesverweser Leopold von Imhof die vom bischöflichen Ordinariat überarbeitete Regierungsvorlage für ein Kongrugesetz vor
Quellenedition 1900-1930	18.04.1921	Josef Peer informiert den neuen Regierungschef Josef Ospelt über den Stand der Verfassungsrevision

Edition	Datum	Titel
Quellenedition 1900-1930	10.09.1921	Regierungschef Josef Ospelt fasst die wichtigsten Unterschiede zwischen der vom Landtag angenommenen neuen Verfassung und der Regierungsvorlage vom Januar 1921 zusammen
Quellenedition 1900-1930	17.03.1926	Regierungschef Gustav Schälder löst im Auftrag des Landesfürsten den Landtag auf, da die Parteien keine Einigung über die Wahl der Regierungsräte erzielen können